

Nächste Runde im Steuerpoker

Unternehmenssteuern Die USR-III-Gegner würden schwarzmalen, sagt der Baselbieter Finanzdirektor Anton Lauber

VON BENJAMIN WIELAND

«Wir sind nicht nervös. Wir sind sehr entspannt.» Selten klaffen Selbstbeschreibung und Handeln so stark auseinander wie bei Anton Lauber, wenn es um die USR III geht.

Der Baselbieter Finanzdirektor (CVP) hatte für gestern Vormittag zu einer Medienkonferenz nach Liestal geladen. Deren Ziel: Aufzeigen, wie der Kanton die Einnahmeausfälle berechnet, die mit der Unternehmenssteuerreform (USR) III auf die Gemeinden zukommen werden. Die Veranstaltung war kurzfristig einberufen worden – spätestens seit vergangener Woche befindet sich die Regierung mit dem Rücken zur Wand: Die Nein-Kampagne rüttelte mit Schreckensszenarien die Gemeindevertreter im Baselbiet auf: Wegen der USR III kämen auf sie Millionenverluste zu; die Einwohner müssten mit massiven Steuererhöhungen rechnen.

Der Druck der Nein-Kampagne hat auch bei der Regierung des Landkantons in einem entscheidenden Punkt zu einer überraschenden Kehrtwende geführt. Plötzlich ist sie dazu bereit, nicht nur finanzielle Entlastungen für Unternehmen zu erwägen, sondern auch für die Einwohner.

Höhere Kinderzulagen

Dafür stünden grundsätzlich zwei Instrumente parat, sagte Lauber: Die Erhöhung der Kinderzulagen oder der Ausbau von Steuerabzugsmöglichkeiten, etwa für Versicherungsprämien. Peter Nefzger, Leiter der kantonalen Steuerverwaltung, nannte bereits konkrete Beträge. So könnten etwa die monatlichen Kinder- und Ausbildungszulagen um insgesamt 50 bis 100 Franken erhöht werden. Derzeit trägt die Kinderzulage im Kanton Baselstadt monatlich 200 Franken, die Ausbildungszulage 250 Franken.

Es handle sich jedoch bloss um erste Konzepte, betonte Nefzger. Man wolle nach der Abstimmung über das USR-III-Referendum am 12. Februar weiter auf mögliche Entlastungen für Privathaushalte eingehen. Kinder- und Ausbildungszulagen sind bald auch Thema im Kantonsparlament. CVP-Landrat Simon Oberbeck fordert den Regierungsrat dazu auf, deren Erhöhung im Rahmen der USR-III-Umsetzung zu prüfen. Im Dezember reichte er ein entsprechendes Postulat ein.



Wächst die Wirtschaft ohne USR III? Solche Fragen sind in den Hintergrund gerückt – die Steuerdebatte dominiert derzeit (Foto: Coop-Baustelle in Pratteln). BZ ARCHIV

«Nein, nein, nein! Es wird mit jeder neuen Berechnung immer nur noch schlimmer!»

Lukas Ott Stadtpräsident von Liestal, über die neusten USR-III-Prognosen des Kantons

Mit den Entlastungen der Privathaushalte begibt sich die Baselbieter Regierung überraschend auf Kurs der Basler Finanzdirektorin Eva Herzog (SP). «Ihr» USR-III-Paket umfasst weitreichende Entlastungen der Privathaushalte. So plant die Regierungsrätin etwa den Ausbau der Verbilgungen von Krankenkassenprämien. Seitens Baselland war bisher die Botschaft zu vernehmen, dass man sich solche flankierenden Massnahmen wegen der finanziellen Schiefelage des Kantons nicht leisten könne. Anton Lauber sagte noch im August bei der ersten Präsentation der geplanten USR-III-Umsetzung im Landkanton, dass die Bevölkerung automatisch auch profitiere, wenn es den Unternehmen gut gehe.

Die USR-III-Gegner warnen derweil vor einer stärkeren Belastung der Privathaushalte.

Wegen der Reform würden in den Kassen der Gemeinden Ausfälle in Millionenhöhe entstehen. Vergangene Woche publizierte das USR-III-Nein-Komitee pessimistische Prognosen für die Baselbieter Gemeinden. So müsse etwa Pratteln die Gemeindesteuern im Jahr 2024 um 22 Prozent erhöhen (siehe bz vom 13. Januar).

Lauber kritisierte die in der Gegenkampagne verwendeten Methoden scharf. Er warf den USR-III-Gegnern vor, wichtige Parameter nicht zu beachten. Sie hätten überholte Zahlen verwendet und würden die wirtschaftliche Dynamik unberücksichtigt lassen («das ist unseriös»). Weiter hätten sie den Finanzausgleich ausgeklammert und würden von Ausfällen auf Steuererhöhungen schliessen.

Mit dynamischer Berechnung sehen die Zahlen zweifellos anders aus, was Peter

Nefzger gestern anhand des Beispiels Liestal vorführte. Anders als die USR-Gegner rechnet die Finanzdirektion für den Kantonshauptort 2024 nicht mit einem Defizit, sondern mit einem Überschuss. 0,8 Millionen plus statt 1,4 Millionen Franken minus – vor allem dank Finanzausgleich.

Beim Liestaler Stadtpräsidenten löste diese Aussicht aber keine Freude aus. «Nein, nein, nein! Es wird mit jeder neuen Berechnung immer nur noch schlimmer!», twitterte Lukas Ott gestern. Auf Nachfrage sagt er zur bz, es gebe zu viele Unwägbarkeiten, um seriöse Prognosen zu tätigen. Auch der Kanton habe einige Unschärfen in seinen aktualisierten Berechnungen. So werde für alle Gemeinden mit demselben Bevölkerungszuwachs gerechnet. So sind laut Ott auch die neuen Zahlen «nur mit Vorsicht zu geniessen».

«Das Gesamtbild ist gefragt»

Steuerausfälle USR-III-Gegner warnten vergangene Woche vor Millionenausfällen für die Gemeinden. Ein neues Berechnungstool des Kantons soll Klarheit schaffen.

VON YANNETTE MESHESHA
UND BENJAMIN WIELAND

Herr Lauber, Sie bezeichnen die Prognosen der Nein-Kampagne als fragwürdig. Ist Ihrer Meinung nach der Abstimmungskampf bisher unfair verlaufen?

Anton Lauber: Nein, damit haben wir schon gerechnet. Deshalb haben wir bereits letztes Jahr den Gemeinden angekündigt, dass wir dieses Berechnungstool zur Verfügung stellen werden. Damit haben die Gemeinden ein Instrument, um möglichst nah an das künftige finanzielle Szenario heranzukommen. Aber alle Schätzungen sind immer Prognosen, und die sind über einen Zeitraum von vier bis acht Jahren schwierig aufzustellen.

Sie werfen den USR-III-Gegnern Schwarzmalerei vor.

Das Gesamtbild ist gefragt. Es ist wichtig, die Berechnungen dynamisch zu gestalten. Man kann nicht einfach linear durchrechnen. Ein minimales Wachstum bei den Gewinnsteuern darf man den Berechnungen zugrunde legen. Dieses Steuerwachstum ist nicht zu verwechseln mit dem Bruttoinland-



«USR III ist eine Investition, die am Anfang kostet, in Zukunft aber Steuererträge ermöglichen wird.»

Anton Lauber Finanzdirektor Baselland

produkt. Wir weisen nebst den möglichen Negativeinflüssen auch auf die positiven Einflüsse hin. Insgesamt sind unsere Schätzungen durchaus realistisch.

Wird da nicht etwas schöngefärbt?

Nein, überhaupt nicht. Unser Ziel ist, objektiv zu informieren. Und letztlich können sich die Gemeinden mit diesem Tool ein eigenes Bild machen. Das Berechnungstool wurde von der Steuerverwaltung erarbeitet und ist nicht politisch motiviert. Ich hatte darauf keinen Einfluss.

Politisch gesehen gab es einige Missestöne. Muttentz hatte eine Ausfall-

Prognose aufgestellt, die sogar noch schlechter ausfällt als die der USR-III-Gegner.

Diese Prognose wird anders aussehen, wenn sie mit unserem Berechnungstool durchgeführt wird, das den kantonalen Finanzausgleich sowie die Ausgleichszahlungen des Bundes mitberücksichtigt. Die Gemeinde Muttentz ist mit ihrer guten Erschliessung so attraktiv, dass sie langfristig für Statusgesellschaften zu einem noch interessanteren Standort wird, als das heute schon der Fall ist. Aber in jeder Gemeinde kann es zwischenzeitliche Engpässe geben. Ich bleibe bei der Überzeugung, dass die USR III eine Investition ist, die am Anfang kostet, in Zukunft aber dank erhöhter Wettbewerbsfähigkeit höhere Steuererträge ermöglichen wird.

Das neue Berechnungstool berücksichtigt den Finanzausgleich. Das war zuvor nicht der Fall. Sie haben Liestal als Modellgemeinde neu berechnet. Aus einem Verlust wird so für die Stadt ein Plus im ersten «richtigen» USR-III-Jahr 2024.

Wir zeigen damit vor allem auf, dass der Einfluss des kantonalen Finanzausgleichs sehr gross ist. Man sollte aber die Diskussion nicht anhand einzelner Gemeinden führen. Denn zum Beispiel Allschwil ist mit seinen vielen Statusgesellschaften stark betroffen wie auch Reinach oder Pratteln, das im Finanzausgleich in den vergangenen Jahren von einer Empfänger- zu einer Gebergemeinde mutiert ist. In allen drei Orten befürworten die Gemeindepräsidenten die USR III ausdrücklich.

LANDGEMEINDEN

Präsidenten von Riehen und Bettingen unterstützen die Reform

Im Kanton Baselland sind längst nicht alle Gemeindepräsidenten für die Unternehmenssteuerreform (USR) III. Unter anderem sprechen sich die Vorsteher von Muttentz, Münchenstein und Liestal gegen die Reform aus (die bz berichtete). Der Reform positiv gesinnt sind die Präsidenten der Basler Gemeinden Riehen und Bettingen. Auf Anfrage drücken sie ihre Sympathie für die Vorlage aus, über die das Schweizer Stimmvolk am 12. Februar abstimmt. «Ich bin persönlich für die Reform», sagt Bettingens Gemeindepräsident Patrick Götsch. Was die Auswirkungen auf den Steuerertrag seiner Gemeinde angeht, rechnet er mit einem Nullsummenspiel. «Vielleicht gibt es sogar geringe Mehreinnahmen», sagt Götsch. Der neue innerkantonale Finanzausgleich habe aber grösseren Einfluss auf den Steuerertrag als die USR III.

Der Basler Regierungsrat rechnet für Riehen und Bettingen mit einem leichten Minus. Zwar spült die Erhöhung der Dividenden-Teilbesteuerung für natürliche Personen voraussichtlich 1,6 Millionen Franken mehr in die Gemeindekassen. Die Erhöhung der Sozialabzüge und die Senkung der Gewinn- und Kapitalsteuersätze für die Unternehmen kosten die Gemeinden aber mehr Geld. Letztlich, so rechnet die Regierung, resultieren Mindereinnahmen von etwas mehr als 100 000 Franken pro Jahr.



«Wir können die Ausfälle verkraften.»

Hansjörg Wilde Gemeindepräsident Riehen

Er habe schon von möglichen Steuer ausfällen für seine Gemeinde von einer halben Million Franken und aufwärts gehört, sagt Riehens Präsident Hansjörg Wilde. Schätzungen seien aber immer schwierig. «Wir können die Ausfälle jedenfalls verkraften», sagt Wilde. Wenn man die Reform isoliert aus der Gemeindeperspektive anschaut, müsste man eigentlich dagegen sein, findet er. Trotzdem unterstützt er sie, denn es gehe darum, Arbeitsplätze zu sichern. Wilde lobt Finanzdirektorin Eva Herzog für die Ausgestaltung der USR III: «Sie hat viel Finanzkompetenz gezeigt.» (MWA)